

## Pressemitteilung

**Fraktion im Kreistag Gütersloh**  
Herzebrocker Straße 140  
**33324 Gütersloh**

**Helga Lange**  
Fraktionsvorsitzende  
05201-828248  
gruene@helga-lange.de  
**Detlef Gohr**  
Fraktionsgeschäftsführer  
05204-4008  
gohr@gruene-kreistagsfraktion.de

[info@gruene-kreistagsfraktion.de](mailto:info@gruene-kreistagsfraktion.de)  
[www.gruene-kreistagsfraktion.de](http://www.gruene-kreistagsfraktion.de)

29.10.2012

## GRÜNE Resolution zum Betreuungsgeld

### Betreuungsgeld führt zu erheblichen Belastungen des Kreishaushalts

**Die Einführung des Betreuungsgeldes zieht erheblichen Finanzbedarf für den Kreis Gütersloh nach sich. Die Kreise sind zuständig für die Auszahlung und die Kontrolle des Betreuungsgeldes und werden für die Kosten wohl selber aufkommen müssen. Bundesweit addieren sich die Verwaltungskosten zu den jährlich veranschlagten Kosten von ca. 1,2 Mrd € für das an die Eltern ausgezahlte Betreuungsgeld.**

Nachdem die CDU Fraktion im Kreistag eine gemeinsame Resolution zum Betreuungsgeld mit der Begründung, der Kreis sei finanziell nicht betroffen, verweigerte, haben die GRÜNEN im Kreisausschuss am 29.10. eine eigene Resolution zur Abstimmung gestellt. Im Laufe der Diskussion stellte Landrat Adenauer für die Kreisverwaltung einen Bedarf von 5-8 Stellen zur Umsetzung des Betreuungsgeldes fest. Das würde einen Finanzbedarf weit im sechsstelligen Bereich bedeuten.

Trotzdem haben CDU, FDP und UWG einhellig gegen die Resolution der GRÜNEN; die auch von der SPD unterstützt wurde, gestimmt. Der Landrat hat sich angesichts dieser gewaltigen Kosten für die Umsetzung des Betreuungsgeldes enthalten.

Schon im Juni gab es konkrete Vorschläge der GRÜNEN für eine gemeinsame Resolution mit der CDU. In den Sommerferien ging der grüne Vorschlag dann bei der CDU erst einmal verloren, jetzt stellten die Christdemokraten fest, dass sie gar keiner Resolution zustimmen wollen, sondern lieber den jetzt in Berlin gefundenen faulen Kompromiss unterstützen.

Die für das Betreuungsgeld bereitgestellten Mittel sind für Bildung und den Ausbau von Kita-Plätzen für unter 3-jährige bedeutend besser angelegt. Hier fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Das aktuelle Gezerre in der Bundesregierung macht das Betreuungsgeld nicht akzeptabler. Es bleibt das Geheimnis der Kreis-CDU, warum der Gesetzentwurf nun zustimmungsfähig geworden ist und für eine staatliche Leistung gezahlt werden soll, die NICHT in Anspruch genommen wird. Eltern, die ihre Kinder nicht auf staatliche Schulen schicken, erhalten auch keine Prämie, obwohl sie damit den

öffentlichen Haushalt entlasten. Und wenn wir nicht ins Theater gehen, erhalten wir auch keine Kinokarte als Alternative.

Nach dem neuesten Entwurf der Bundesregierung sollen Eltern, die sich entscheiden, ihre Kinder bis zum Alter von 3 Jahren ausschließlich zu Hause zu betreuen und nicht in eine Kindertagesstätte zu schicken, eine staatliche monatliche Zuwendung ab Januar 2013 für Kinder im zweiten Lebensjahr in Höhe von 100 € bzw. ab 2014 150 Euro monatlich, dann auch für Kinder im dritten Lebensjahr, erhalten. Jetzt sollen die Mittel auch direkt für die Altersvorsorge verwendet werden dürfen. Außerdem müssen die Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch genommen werden.

Diese Mittel in Höhe von über einer Milliarde Euro jährlich sollten besser direkt in den Ausbau der Betreuung in den Kindertagesstätten investiert werden. „Wir brauchen für die KiTas eine Bildungsoffensive, damit alle Kinder mit Eintritt in die Grundschule vergleichbare Chancen haben. Und das muss finanziert werden“, so die Fraktionssprecherin der GRÜNEN im Kreistag, Helga Lange.

Gerade Kindern aus sozial schwächeren Familien und Familien mit Migrationshintergrund muss früh der Zugang zu öffentlichen Bildungsstätten ermöglicht werden, um ihre Bildungschancen deutlich zu verbessern. Hier werden Fehlanreize geschaffen. „Die Folgen müssen wir im Kreis z. B. durch Sprachförderung später korrigieren“, so die Begründung der GRÜNEN für die Resolution.

„Wir fordern die heimischen Bundestagsabgeordneten auf, gegen das Betreuungsgeld zu stimmen und sich nicht vor den Karren einer rückwärtsgerichteten CDU/CSU-Familienpolitik spannen zu lassen. Von der FDP erwarten wir, dass sie einmal Rückgrat zeigt und sich nicht durch Lockangebote, wie die Abschaffung der Praxisgebühr, die Zustimmung abhandeln lässt“, fordert Helga Lange.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Lange  
Fraktionssprecherin

Birgit Niemann-Hollatz  
Kreistagsmitglied